

AUSGABE VOM 16. MAI 2020

Digitaler Bauantrag beschleunigt Wohnungsbau in NRW

NRW-Bauministerin Ina Scharrenbach hat einen Durchbruch bei der digitalen Baugenehmigung angekündigt. Eine Onlinelösung soll für alle Kommunen in der zweiten Jahreshälfte bereit stehen. Das NRW-Bauportal soll Routineprozesse digital abwickeln und mehr Rechtssicherheit liefern.

„Das ist sehr erfreulich für Bürger und Unternehmen auch in Köln“, findet CDU-MdB und Bauausschussmitglied Karsten Möring. Bauanträge können dann digital an das Bauamt übermittelt werden. „Auch für die Unionsfraktion im Bundestag ist das ein wichtiger Schritt zur Beschleunigung des Wohnungsbaus“, meint Möring und lobt die Bauministerin. „Mit den Möglichkeiten der Digitalisierung werden wir auch in Köln schneller werden.“

Wohnen bleibt auch in Zeiten der Corona-Krise sicher

Die Bundesregierung hat schon vor Wochen mit einem weitreichenden Unterstützungsangebot und befristeten Rechtsänderungen Mietern und Selbstnutzern auf dem Wohnungsmarkt wirksam geholfen. Jetzt mäkelte die Opposition aus Linken und Grünen an den Hilfen herum. Sie wollten mehr. „Sicher Wohnen ist für uns ein Thema, das immer gilt – nicht nur in der Krise“, wies der Kölner CDU-Bundestagabgeordnete Karsten Möring in einer wohnungspolitischen Debatte des Bundestages die Kritik der Opposition zurück. LINKE und Grüne hatten in Anträgen weitere finanzielle und mietrechtliche Maßnahmen gefordert. ([Link zur Rede](#))



Verliert auch bei Zwischenrufen der Opposition in Berlin nie den kölschen Humor: CDU-MdB Karsten Möring spricht in der wohnungspolitischen Debatte im Bundestag. (Foto: Privat)

„Diese Koalition schützt Menschen davor, ihr Dach über dem Kopf zu verlieren, auch in dieser Krise. Bis zum 30. Juni 2020 gilt der Kündigungsschutz bei coronabedingten Mietschulden. Auch bei sogenannten Dauerschuldverhältnissen schützen wir die Verbraucher, so dass ihnen nicht der Strom, das Internet oder das Wasser abgestellt wird. Sie können sich, falls nötig, für drei Monate die Zahlungen stunden lassen“, so Möring. Darüber hinaus wurden die sozialen Sicherungssysteme, nämlich Kurzarbeitergeld, Wohngeld und die Grundsicherung so ausgestaltet, dass alle Antragsteller kurzfristig in die Lage versetzt werden, die Kosten des Wohnens leichter zu bewältigen.

„Wir schützen aber auch die selbstnutzenden Eigentümer und die Vermieter, die Darlehen aufgenommen haben und diese wegen coronabedingter Einnahmeausfälle nicht bedienen können. Auch für sie gilt die Möglichkeit, ihre Zahlungsverpflichtungen für drei Monate stunden zu lassen. Außerdem setzen wir Zwangsvollstreckungsmaßnahmen in diesem Zusammenhang zeitweise aus. Damit wollen wir verhindern, dass in Eigentum vollstreckt wird“, so Möring. Bisher gibt es zum Glück nur eine überschaubare Zahl von Problemfällen beim Wohnen. Das deutet auf einen fairen Umgang zwischen Mietern und Vermietern hin. „Wir beobachten aber die Situation, um notfalls nachzusteuern. Denn wir wollen, dass sich die Menschen auch in Köln keine Sorgen um ihre Wohnung machen müssen“, so MdB Karsten Möring.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

„VERHAFTEN SIE UNVERZÜGLICH DIE BUNDESREGIERUNG!“ Ich staunte nicht schlecht, als in dieser Woche eine Mail mit dieser Forderung bei mir



eintraf. Dort teilte mir ein Bürger mit „besorgten Grüßen“ mit, dass sich hinter dem Begriff „Corona“ eine satanische Agenda mit dem Ziel verbirgt, aus unserem Planeten ein kommunistisches Konzentrationslager zu machen und die Weltbevölkerung auf bis zu 500 Millionen Menschen „einzudampfen“! Wäre es nicht so traurig, müsste man darüber lachen.

Nichts zu lachen hatten aber zwei Polizisten in Troisdorf, die von solchen Verschwörungsideologien in eine Falle gelockt und schwer verletzt worden sind. Verschwörungstheorien sind gefährlich, weil Menschen daran glauben und sich zu aggressiven Taten aufgefordert fühlen.

An solche Verschwörungstheorien hängen sich ausländische Sender wie der russische Sender RT mit Desinformationskampagnen. Die AfD gefällt sich in demonstrativer Ablehnung der Abstands- und Maskenregelungen selbst im Bundestag. Auf Demonstrationen wird gegen den angeblichen Verlust genau jener Freiheit protestiert, die von Demonstranten gerade fröhlich genutzt wird.

Angesichts der Krise verunsicherte Menschen dürfen solchen Scharlatanen nicht auf den Leim gehen. Die wollen die Krise nur für ihre Zwecke instrumentalisieren. Liebe Freunde, lassen Sie das nicht zu.

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I



Unterstützungspaket für die Deutsche Bahn geplant

Die Deutsche Bahn AG hat ihren Standardfahrplan in der Krise beibehalten, wegen der massiv geringeren Auslastung der Züge aber hohe Verluste eingefahren. Jetzt fordert sie von ihrem Eigentümer, dem Bund, staatliche Liquiditätshilfen. Verkehrsminister Scheuer will dafür beim Haushaltsausschuss des Bundestages eine Anhebung der Verschuldungsgrenze für die Bahn beantragen. Die liegt derzeit bei 25,4 Milliarden Euro.



Sicher vom Rhein an die Spree in Zeiten von Corona: Kölns CDU-MdB Karsten Möring im ICE auf dem Weg zur Sitzungswoche des Bundestages (Foto: Privat)

Außerdem plant der Verkehrsminister eine Eigenkapitalerhöhung bei der Bahn. Die muss allerdings zuvor von der EU genehmigt werden.

„Angesichts der coronabedingten Einbußen wird die Bahn nicht ohne finanzielle Hilfe durch die Krise kommen“, begrüßte das stellvertretende Verkehrsausschussmitglied Karsten Möring die Pläne des Ministeriums. „Allerdings muss die Bahn auch einen substantiellen Sparbeitrag leisten. Wir wollen ihre Investitionskraft erhalten, denn die Bahn spielt im Transportkonzept der Zukunft eine wichtige Rolle. Deshalb müssen die Beschaffung moderner Züge, die Neueinstellung von Personal und Modernisierung und Netzausbau fortgeführt werden.“, so MdB Möring.

Zukünftig „halbe-halbe“ bei der Maklerprovision

Der Bundestag hat am Donnerstag das Gesetz zur Verteilung der Maklerkosten bei der Vermittlung von Wohnungseigentum verabschiedet. „Beim Erwerb von Wohneigentum sind Maklerkosten für den Käufer oft eine erhebliche Zusatzbelastung. Auf deren Höhe hat er in der Regel keinen Einfluss, weil wegen der Marktlage der Verkäufer die Maklerprovision dem Käufer auferlegt. Als Union liegt uns aber die Erhöhung der Eigentumsquote besonders am Herzen“, so CDU-MdB Karsten Möring in seiner Rede anlässlich der Verabschiedung des Gesetzes.

„Dieses Ungleichgewicht beseitigen wir jetzt: Künftig muss der Auftraggeber des Maklers mindestens die Hälfte der Maklerkosten tragen. Und weil er jetzt einen fairen Kostenanteil übernehmen muss, hat er ein eigenes Interesse an niedrigen Provisionen. Das schafft mehr Wettbewerb unter den Maklern, die sich jetzt verstärkt mit Preis und Leistung um Aufträge bemühen. Das ist gut für die Qualität der Maklerangebote. So können wir die Kaufnebenkosten für Erwerber auch in Köln nachhaltig verringern“, betont Möring.

Sozialer Schutzschirm - stark genug für die Krise

Der Bundestag hat am Donnerstag das Sozialschutz-Paket II beschlossen. „Nach dem Sozialschutz-Paket I schaffen wir mit diesem Sozialschutz-Paket II ein starkes Auffangnetz zum Schutz unserer sozialen Infrastruktur“, so der CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring. Die Corona-Krise erfordere nicht nur gesundheits- und wirtschaftspolitische, sondern auch wichtige sozialpolitische Maßnahmen. So werde bei längerer Dauer nicht nur das Kurzarbeitergeld erhöht und das Arbeitslosengeld verlängert, sondern vor allem ein Schutzschirm über unsere soziale Infrastruktur aufgespannt.

Viele soziale Dienstleister wie Werkstätten für Menschen mit Behinderungen, Versorgungs- und Rehabilitationseinrichtungen, Einrichtungen der Arbeitsförderung oder Wohlfahrtseinrichtungen können ihre wichtige Arbeit aufgrund der Corona-Krise derzeit nicht so leisten wie sonst. Teilweise wurden sie zum Schutz vor Infektionsgefahren geschlossen, teilweise sind ihre Belegzahlen eingebrochen. „Wir nehmen die Sorgen unserer sozialen Dienstleister in diesen schwierigen Zeiten sehr ernst und steuern schnell und effizient nach, wo es Regelungslücken gibt. Denn eins ist klar. Wir können auf diese Dienstleister nicht verzichten. Sie sind ein wichtiger Teil unseres Sozialstaats, und der darf uns nicht wegbrechen“ betont MdB Karsten Möring.

Bundesunterstützung für Schulen in Krise

Am Freitag hat das Bundesbildungsministerium gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz die Umsetzung des Sofortprogramms im Digitalpakt Schule vorgestellt, der im Koalitionsausschuss beschlossenen worden war. „Damit stärkt der Bund die digitale Bildung und hilft Schülerinnen und Schülern auch in Köln, um den Kontakt mit ihren Schulen leichter aufrechterhalten zu können, besonders wenn sie nicht am Präsenzunterricht teilnehmen können“, so CDU-MdB Karsten Möring.

„Mit 500 Millionen Euro für mobile Endgeräte zur besseren Vernetzung mit den Schulen leisten wir in der Krisensituation schnell und bedarfsorientiert notwendige Unterstützung. Wir wollen, dass gute Bildung auch in Krisenzeiten weiter zugänglich und für alle möglich bleibt. Dabei ist die Soforthilfe des Bundes eine temporäre Maßnahme, die in keiner Weise die Länderzuständigkeit für die Schulen berührt. Wir erwarten, dass die Länder wie geplant, Bestrebungen zur digitalen Vernetzung und zum Aufbau digitaler Lernmöglichkeiten weiter vorantreiben“, so MdB Möring.

Impressum:

Ausgabe Nr. 54 der 19. Wahlperiode

16. Mail 2020

Herausgeber:

Bundestagsbüro Karsten Möring

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-77611

Email:

karsten.moering@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

Karsten Möring MdB/Harald Häbeler/

Dr. Jürgen Reuter

